

Beschlussvorlage	Vorlage-Nr:	004/0006/2010
	Erstelldatum:	öffentlich 28.01.2010
	Aktenzeichen:	Ref. Dr. K/le
Konzept "Koordinierungszentrum Bürgerschaftliches Engagement"		
Referat für Jugend, Senioren und Soziales Verfasser: Herr Martin Reinhardt		
Beratungsfolge	25.02.2010	Hauptverwaltungs- und Finanzausschuss

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt, das vorliegende Konzept für ein Koordinierungszentrum für Bürgerschaftliches Engagement zum 01.01.2011 umzusetzen.

Sachstandsbericht:

I. Ausgangslage

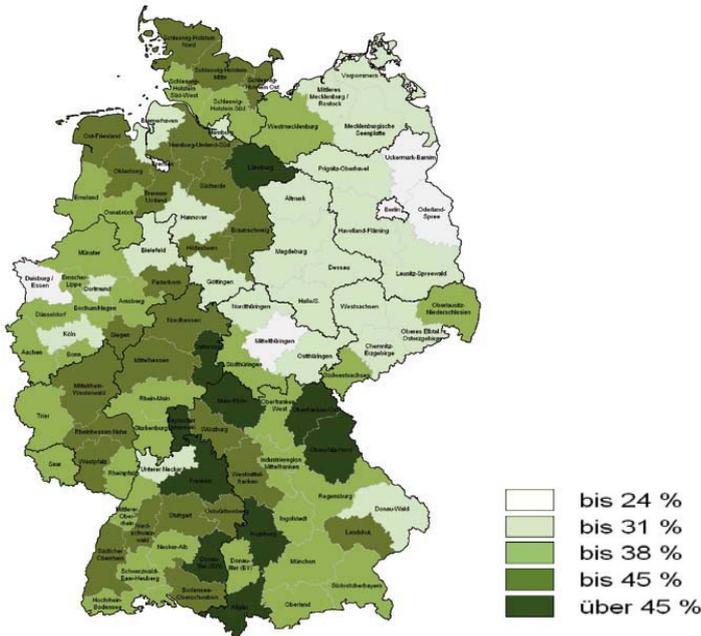
Bürgerschaftliches Engagement – am Leben teilhaben

Der Wert und die Bedeutung des bürgerschaftlichen Engagements hat in der öffentlichen Diskussion in den letzten Jahren eine positive Renaissance erfahren. Zahlreiche Einrichtungen, Stiftungen, Selbsthilfeorganisationen vermitteln uns bereits heute das bürgerschaftliche Engagement in vielen Bereichen. Bürgerschaftliches Engagement ist vielfältig. Freiwilliges Engagement zeigt sich in einer Vielfalt von Engagementbereichen mit unterschiedlichem Gewicht. Größere Bereiche mit sozialem Engagement sind insbesondere „Sport und Bewegung“, „Schule und Kindergarten“, „Freizeit und Geselligkeit“ sowie „Kultur und Musik“ und der soziale Bereich.

Weitere Sektoren für Freiwilligkeit sind „Politik und Interessenvertretung“, „Rettungsdienste und Freiwillige Feuerwehr“, „Kirche und Religion“ sowie „Umwelt- und Tierschutz“. Der Bundestag hat hierzu unterstützend das „Gesetz zur weiteren Stärkung des bürgerlichen Engagements“ mit steuerrechtlichen und unfallversicherungsrechtlichen Regelungen verabschiedet.

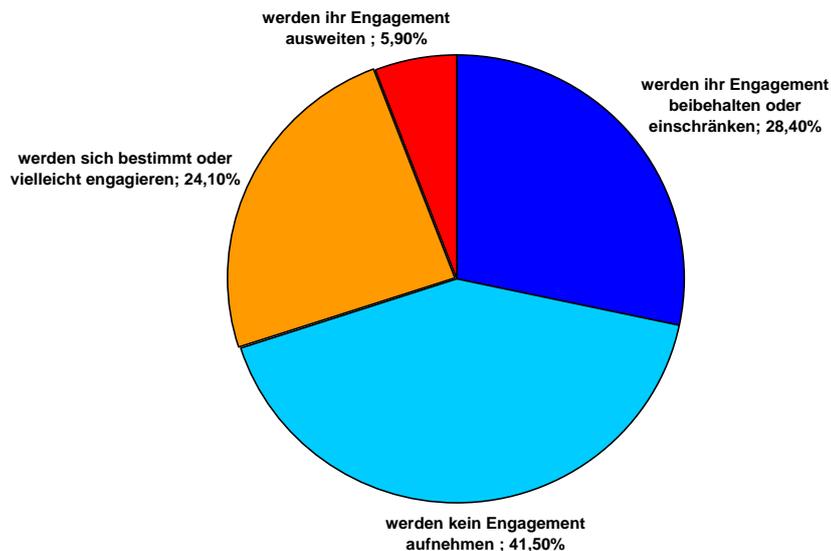
Bürgerschaftliches Engagement heute und morgen

Freiwilliges Engagement ist nicht nur in verschiedenen Bereichen unterschiedlich ausgeprägt. Auch regional zeigt sich der Anteil der ehrenamtlich engagierten Bevölkerung ungleich verteilt. Anteil der engagierten Bevölkerung in %



Die Folgen der demographischen Entwicklung werden sich intensiv auf die Gesellschaft und damit auf das bürgerschaftliche Engagement auswirken. Das Engagement für Senioren als auch für Kinder wird an Bedeutung stark zunehmen, wie die Nachfrage im Sozial-, Gesundheits- und Pflegebereich insgesamt steigen wird. Eine steigende Erwerbstätigenquote und noch engere finanzielle Handlungsspielräume schafft für aktive Senioren weit reichende Mitgestaltungsmöglichkeiten, die es auszuschöpfen gilt. Bundesweit sind 34 % aller Personen über 16 Jahre bürgerschaftlich engagiert, wobei die Gruppe der Generation 55+ besonders hohes Engagement für Senioren aufweist.

30%-Potenzial für zukünftiges Engagement



65,6 % der Gesamtbevölkerung sind (noch) nicht bürgerschaftlich engagiert.

II. Ziele

Engagementförderung und nachhaltige Infrastruktur

Engagement und Partizipation sind zwei wesentliche Elemente auf dem Weg zu einer stabilen, aktiven und lebenswerten Gesellschaft. Infrastrukturelle Einrichtungen als Katalysator für bürgerschaftliches Engagement erhöhen das Bewusstsein für die Bedeutung und den Wert des Ehrenamtes in unserer Gesellschaft. Gleichzeitig erfolgt ein bereichs- und trägerübergreifender Erfahrungsaustausch. Bürgerinnen und Bürger benötigen für ihre Bereitschaft Ansprechstationen, die sie auf das bürgerschaftliche Engagement hinweisen und Anregungen anbieten. Eine nachhaltige Infrastruktur stützt bürgerschaftliches Engagement und fördert damit den sozialen Zusammenhalt und eine solidarische Gesellschaft. Mit Ansprache und Öffentlichkeitsarbeit kann die Akquise für das Ehrenamt vorbereitet werden. Durch Information und Beratung in solchen Anlaufstellen werden interessierte Personen bzw. interessierte Institutionen unter Berücksichtigung individueller Motive und Kompetenzen gezielt vermittelt. Darüber hinaus ist auch eine Begleitung während des Ehrenamtes durch Qualifizierungsmaßnahmen und eine wirksamere Anerkennungskultur sinnvoll.

Besonders interessant ist der „Mitmach-Effekt“: Der Anteil der engagierten Bürger beeinflusst das Engagement jedes Einzelnen positiv.

Freiwilligen-Agentur

Zentrale Säule der Förderung des bürgerschaftlichen Engagement soll das Angebot einer dienstleistungsorientierten und bürgernahen „Freiwilligen-Agentur“ sein, die zu einer Kontaktstelle für engagierte Bürger/-innen und Institutionen mit leistungsfähiger Plattform innerhalb des gesamtstädtischen Internet-Angebots ausgebaut wird. Die Arbeit dieser Agentur muss auf klaren und nachvollziehbaren Qualitätsstandards basieren und sich in die vorhandene kommunale soziale Infrastruktur einfügen. Der Zusammenarbeit mit den Trägern der sozialen Landschaft kommt also hohe Bedeutung zu.

Dazu ist es – auch nach den Erfahrungen anderer Städte – sehr wichtig, eine zentral gelegene Anlaufstelle zu schaffen, in der persönliche Information, Beratung und auch Vermittlung stattfinden kann.

III. Realisierung

Aufgaben der Freiwilligen-Agentur

1. Zentrale Aufgaben

1.1 Information, Beratung und Vermittlung von Freiwilligen

In Informations- und Beratungsgesprächen mit Bürgerinnen und Bürgern werden deren Interessen, Fähigkeiten und Bedarfe erörtert und daraus ableitend individuelle Angebote erstellt. Dabei sollen die persönlichen Vorstellungen der Freiwilligen mit den konkreten Tätigkeiten und Möglichkeiten in den gewünschten Handlungsfeldern in Einklang gebracht werden. Es wird damit ein gutes Passungsverhältnis und damit ein für Freiwillige und Organisationen befriedigendes Ergebnis erzielt. Diese Grundintention setzt sowohl eine fachlich qualifizierte Beratung als auch die Möglichkeit einer Auswahl aus einem breiten Spektrum ehrenamtlicher Tätigkeitsfelder voraus. Gleichzeitig ist die Freiwilligen-Agentur Kontaktstelle zur qualifizierten Beratung von an freiwilligem Engagement interessierten Organisationen.

1.2 Vernetzung bestehender Initiativen und Einrichtungen

Die Freiwilligenagentur kooperiert bei der Einrichtung eines gemeinsamen Service-Pools mit den unterschiedlichen bestehenden Organisationen und den am Ehrenamt interessierten Einrichtungen. Ein Instrument zur Förderung der Kooperation ist die Einrichtung eines Internetportals, durch das die Aktivitäten und Aufgaben des gemeinsamen Servicepools gewährleistet werden.

Eine Website mit einem Infoportal und dem Aufbau der entsprechenden Datenbank sowie einer „Such- und Findfunktion“ bietet die besten Voraussetzungen dafür, dass die Einbindung der Trägerlandschaft und Vermittlung von interessierten Bürgerinnen und Bürgern gelingt.

1.3 Engagementfreundlichkeit in Organisationen wecken

Einrichtungen in öffentlicher und freier Trägerschaft wie Schulen, Kindertageseinrichtungen, Büchereien, Krankenhäuser und Seniorenheime öffnen sich stärker für bürgerschaftliches Engagement. Einrichtungen werden ermutigt, sich auf den lebendigen Prozess des produktiven Miteinanders von Haupt- und Ehrenamtlichen einzulassen.

1.4 Förderung der Engagementbereitschaft in den unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen

Bürgerschaftliches Engagement stärkt den sozialen Zusammenhalt und fördert die Übernahme von Verantwortung für sich selbst und für andere. Die Übernahme von ehrenamtlichen Tätigkeiten wird unterstützt. Die besondere Aufmerksamkeit richtet sich auf die folgenden Zielgruppen:

Kinder und Jugendliche:

Je früher Engagementerfahrungen gemacht werden, desto nachhaltiger wirken sie.

Seniorinnen und Senioren:

Ihr Erfahrungswissen kann stärker für das Gemeinwissen genutzt werden.

2. Öffentlichkeitsarbeit

Im Rahmen der Öffentlichkeits- und Lobbyarbeit geht es um die anspruchsvolle Aufgabe, ein zeitgemäßes, modernes Verständnis von bürgerschaftlichem Engagement zu etablieren und einen nachhaltigen Beitrag zur demokratischen Gestaltung unserer Gesellschaft zu leisten.

Für den Bereich der Förderung des bürgerschaftlichen Engagements ist der umfangreiche Aufbau von Öffentlichkeitsarbeit notwendig, deren Kernstück die Vernetzung der Anbieter der Freiwilligenarbeit ist.

Öffentlichkeitsarbeit wird geleistet durch:

- Flyer
- Pressearbeit/-meldungen
- Organisation von Veranstaltungen
- Teilnahme an Veranstaltungen (Informationsstände etc.)
- Internetauftritt

Öffentlichkeitsarbeit wird aber auch durch die bereits angesprochene, erforderlich werdende, zentral gelegene städtische Räumlichkeit geleistet. Im Amt für soziale Angelegenheiten wird ein geeignetes Büro angeboten, das den Anforderungen entspricht.

3. Qualitätssicherung durch Information und Beratung, Fort- und Weiterbildung

Darüber hinaus sind alle Beteiligten, ob Träger oder Freiwillige selbst stets auf aktuelle Informationen angewiesen, sei es zu rechtlichen Rahmenbedingungen (z. B. Versicherungsschutz), sei es zu fachlichen Inhalten. Eine weitere Aufgabe ist daher die ständige aktuelle Information aller beteiligten Träger und freiwillig Engagierten.

4. Entwicklung und Pflege einer „Kultur der Anerkennung“

Bürgerschaftliches Engagement muss anerkannt und gewürdigt werden. Es muss eine Anerkennungskultur geschaffen werden, die Vorhandenes bündelt und das Bewusstsein hierfür schärft. Sie drückt sich aus durch Wertschätzung und Würdigung in Form von ideeller und materieller Anerkennung.

- Ehrungen und Auszeichnungen
Amberger Bürgermedaille, Verdienstmedaille für hervorragende Leistungen, Kulturpreis, Dientzenhoferpreis, Umweltschutzpreis, Sportlerehrung, Ernennungen zum Ehrenbürger, Ehrenamtsnachweis Bayern
- Anerkennung durch Öffentlichkeitsarbeit
Berichte über die Arbeit/Leistung von Ehrenamtlichen in Medien sowie Publikationen, (öffentliche) Dankeschön-Veranstaltungen, Veranstaltung zum Tag des Ehrenamts jährlich zum 05.12., Dankeschreiben, Zeugnis über das Engagement ausstellen
- Finanzielle Leistungen
Aufwandsentschädigungen für Fahr-, Telefon-, Porto- und ähnlichen Kosten, freier/ermäßigter Eintritt in städtischen Einrichtungen, Freikarten für Veranstaltungen, Sachpreise bei Wettbewerben für Einzelpersonen und Organisationen

5. Förderung unternehmerischen bürgerschaftlichen Engagements („corporate citizenship“)

Gesellschaftliches Engagement von Unternehmen (corporate citizenship) ist ein wichtiger Lernprozess in Unternehmen und Gewerkschaften. Eine Zukunftsaufgabe der Förderung Bürgerschaftlichen Engagements ist sicherlich auch im Bereich des Unternehmensengagements. Dabei könnte natürlich auch eine rein finanzielle Unterstützung (Sponsoring) sozialer Projekte eine Rolle spielen. Eine Reduzierung ausschließlich darauf würde aber dem viel weiter gefassten Gedanken von „corporate citizenship“ widersprechen.

Immer mehr Wirtschaftsunternehmen schmieden Allianz zwischen sich, gemeinnützigen Organisationen, Mitarbeitern bzw. Bürgern. Einzelne Unternehmen engagieren sich, indem sie ihre Mitarbeiter beim Engagement vor Ort durch organisatorische und finanzielle Hilfe unterstützen – „soziales Kapital“ zum Nutzen aller Beteiligten.

Stadtteilarbeit und Freiwilligenagentur gemeinsam unter dem Dach des Koordinierungszentrums – Synergieeffekte nutzen

Bei den Überlegungen für eine Institution bzw. Anlaufstelle in Form einer Freiwilligenagentur bzw. eines Koordinierungszentrums für bürgerschaftliches Engagements sollte Subsidiarität die Richtschnur sein. Insbesondere bei den personellen Ressourcen ist nur eine Kombination aus Haupt- und Ehrenamt zielführend.

Interkommunale Zusammenarbeit ist hierbei ein entscheidender Moment, um auf diesem Handlungsfeld die knappen Ressourcen effektiv einzusetzen. Ein Koordinierungszentrum für bürgerschaftliches Engagement sollte daher zusammen mit dem Landkreis Amberg-Sulzbach auf den Weg gebracht werden, um eine Vernetzung des freiwilligen Engagements über Kommunalgrenzen hinaus zu erreichen.

Der Aufgabenbereich für bürgerschaftliches Engagement ergänzt und verbindet gleichzeitig die Schnittstelle zur Stadtteilarbeit. Ein wesentlicher Bestandteil der Stadtteilarbeit ist es, Selbsthilfe zu fördern, Kooperationen anzuregen und Arbeiten in ehrenamtliche Strukturen zu führen.

Modifikation der Stadtteilarbeit – Projekt „Soziale Stadt“



Der Haupt- und Finanzausschuss hat in seiner Sitzung am 13.11.2008 beschlossen, dass für die Betreuung und Beratung der Stadtteilarbeit am Bergsteig, den Bürgertreff und für den Stadtjugendring eine Planstelle geschaffen wird. Die Aufgabenverteilung wurde mit 50 % im Bereich Stadtjugendring und 50 % im Bereich Soziale Stadt festgelegt.

Seit dem 01.01.2009 sind für die Stadtteilarbeit Herr Jakimowicz und Frau Szumlewski nicht mehr bei der Stadtbau Amberg GmbH, sondern bei der Stadt Amberg beschäftigt. Bis zum 31.12.2010 sollen die ehrenamtlichen Strukturen (Bürgerverein) aufgebaut werden, um die Arbeit vor Ort am Bergsteig auf ehrenamtlicher Basis weiterzuführen.

Ab 01.01.2011 wird das Stadtteilbüro aufgegeben und lediglich der Bürgertreff weiterhin als Anlaufstelle, Treffpunkt und Veranstaltungsort genutzt. Das Quartiersmanagement wird mit rund 5 Stunden wöchentlich vor Ort präsent sein. Die Stadtbau Amberg signalisierte, künftig ein Objekt zur Nutzung als Bürgertreff weiterhin kostenlos zur Verfügung zu stellen.

Die beiden Mitarbeiter beziehen Ende des Jahres 2010 das Gebäude beim Amt für soziale Angelegenheiten. Dieses Konzept hat auch der Quartiersbeirat in seiner Sitzung am 15.03.2009 befürwortet.

Personal und räumliche Ausstattung

Unterstützt und begleitet von ehrenamtlichen Kräften wären insgesamt wöchentlich 30 Stunden an hauptamtlichem Zeiteinsatz geeignet, die Aufgaben eines Koordinierungszentrums für bürgerschaftliches Engagement zu übernehmen.

Als erste Aufgaben des Koordinierungszentrums für bürgerschaftliches Engagement kämen der Aufbau und Organisation einer Freiwilligenagentur sowie die Zusammenarbeit und die Betreuung des Bündnisses für Integration und die Mitarbeit beim Amberger Bündnis für Familien in Betracht (20 Stunden = Hr. Jakimowicz). Beide Bündnisse sind dadurch gekennzeichnet, dass insbesondere eine Vielzahl von Einzelpersonlichkeiten und Bürgern ehrenamtlich in diesen Bündnissen mitarbeiten. Die Betreuung des Personenkreises entspricht zu 100 % den Kernforderungen des Modellprojekts Koordinierungszentrum Bürgerschaftliches Engagement.

Unter dem Dach des Koordinierungszentrums für bürgerschaftliches Engagement erfolgt eine modifizierte Stadtteilarbeit. Eine zeitlich abgestufte Begleitung des Projektes Soziale Stadt am Bergsteig (wöchentlich 5 Stunden) einschließlich der Unterstützung des „Bürgertreffs Amberg e. V.“ sowie die eventuell nötige Begleitung bei der städtebaulichen Entwicklung für den Stadtteil Luitpoldhöhe könnte mit einer Teilzeitkraft (wöchentlich 10 Stunden = Fr. Szumlewski) erbracht werden. Sofern diese Arbeitsbereiche ausgebaut werden sollten, wäre allerdings auch eine Aufstockung der vorhandenen Stelle notwendig. Festzuhalten bleibt, dass durch die dargestellte Konstruktion Synergieeffekte genutzt werden können.

Zum 01.09.2010 steht im Amt für soziale Angelegenheiten eine geeignete Räumlichkeit zur Verfügung. Es handelt sich um zentral gelegene, gut erreichbare Räumlichkeiten mit zeitgemäßer Büro- und EDV-Ausstattung, gleichzeitig ist eine Anbindung an die Infrastruktur der Stadtverwaltung gewährleistet.

In anderen Kommunen sind Namen wie Freiwilligenagenturen, Freiwilligenzentren, Ehrenamtsbörsen, Freiwilligen-Büros oder Büro für bürgerschaftliches Engagement als Bezeichnung gewählt worden. Vom Amberger Bündnis für Familie wurde der Begriff „BEA“ – Bürgerschaftliches Engagement in Amberg – als Arbeitstitel eingebracht.

Förderung von Modellprojekten durch das Bayerische Sozialministerium

Die Bayerische Staatsregierung hat eine Modellförderung für einen raschen und nachhaltigen Aufbau einer vielfältigen Infrastruktur für Bürgerschaftliches Engagement beschlossen. Als Förderumfang ist eine Pauschale von 12.000,-- € jährlich für die Dauer von 3 Jahren vorgesehen. Die Bestandsaufnahme, Bedarfsermittlung, Vernetzung und Koordination von bürgerschaftlichem Engagement soll hierbei Schwerpunkt der Aufgaben sein.

Als Fördervoraussetzung ist mindestens eine halbe Stelle einer hauptberuflichen Kraft notwendig. Dabei sind eindeutig abgrenzbare angemessene Personal-, Sach- und Betriebskosten förderfähig. Weitere Fördervoraussetzung ist neben gut erreichbaren Räumlichkeiten und zeitgemäßer Büro und EDV-Ausstattung ein Eigenanteil der Stadt Amberg in Höhe von 12.000,-- € jährlich.

Nach Auskunft des Bayerischen Sozialministeriums, Frau Freund, können die Personalkosten auf den Eigenanteil in Höhe von 12.000,-- € angerechnet werden. Der Antrag kann bis zum 19. Februar 2010 beim Bayerischen Sozialministerium eingereicht werden.

Mit Beschluss vom 21.01.2010 durch den Hauptverwaltungs- und Finanzausschuss wurde die Verwaltung beauftragt, die vorgenannte Förderung beim Bayerischen Sozialministerium zu beantragen.

Finanzierung

Neben den Räumlichkeiten sowie einer Büro- und EDV-Ausstattung werden für Sachkosten 2.000,-- € benötigt. Unter Berücksichtigung der Fördermittel von 12.000,-- € jährlich verbleibt bei der Stadt Amberg ein Eigenanteil von rund 2.000,-- € für Sachaufwendungen pro Jahr, der im Rahmen eines vorhandenen Budgets finanziert werden soll.

Parallel dazu sollte mit einem Förderverein die künftige ehrenamtliche Struktur aufgebaut und eine künftige finanzielle Unterstützung erreicht werden. Sponsoring für Öffentlichkeitsarbeit sowie Unterstützung durch die Wohlfahrtsverbände sollten ebenso ein Bestandteil der Finanzierung sein. Nach einer Anlaufphase von 3 Jahren soll die Freiwilligenagentur in eine ehrenamtliche Struktur überführt und von einem Trägerverein übernommen werden.

(Dr. Knerer-Brütting, Rechtsdirektor)

Verteiler:

HA-Mitglieder, Referat 4, Amt 4.2
zum Akt Beschlussvorlagen
Reg. Akt